

# OA-UPDATE SANKTIONEN

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

in Brüssel laufen weiterhin die Detailabstimmungen für das inzwischen 19. Sanktionspaket gegen Russland. Dessen Grundzüge stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 19. September vor. Insbesondere will die EU den Zugang Russland zu Energie-Einnahmen weiter beschränken. Geplant sind deshalb die Vorverlegung des Importverbots von russischem Flüssiggas um ein Jahr auf Anfang 2027 sowie Sanktionen gegen weitere rund 120 Schiffe der so genannten russischen Schattenflotte. Außerdem will die EU ein vollständiges Transaktionsverbot für große russische Energiehandelsunternehmen verhängen und Maßnahmen gegen Raffinerien, Ölhändler und petrochemische Unternehmen in Drittländern einschließlich China ergreifen. Geplant sind zudem Maßnahmen gegen Banken, sowie Transaktionsverbote für Kryptowährungen. Es soll weitere direkte Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien geben, die Russland im Gefecht einsetzen kann sowie Handelsverbote für 45 Unternehmen in Russland und Drittländern.

Immer wahrscheinlicher wird zudem ein neuer Milliardenkredit der EU für die Ukraine, der durch die in der EU eingefrorenen russischen Vermögenswerte abgesichert wird. Bundeskanzler Friedrich Merz stellte sich in einem Gastbeitrag für die Financial Times ausdrücklich hinter diesen Vorschlag der EU-Kommission. Die Rede ist von einer Reparationsanleihe in Höhe von bis zu 140 Milliarden Euro.

Unterdessen wurde bekannt, dass die russische Regierung zur weiteren Kriegsfinanzierung die Mehrwertsteuer erhöhen muss. Die USA haben die Freilassung von politischen Gefangenen in Belarus erreicht und im Gegenzug Sanktionen gegen die belarussische Airline Belavia gelockert.

Diese und weitere Meldungen finden Sie im Update. Sollten Sie dazu Hinweise und Anregungen haben, freuen wir uns über Ihre Rückmeldungen!

Ihre Redaktion

**OA-Update 2025/09**  
**Stand: 30. September**

## Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### **Osthandel stabilisiert weiterhin Konjunktur in Deutschland**

Der Osthandel bleibt ein stabilisierender Faktor im deutschen Außenhandel und damit auch für die Konjunktur in Deutschland. Die steigenden Ausfuhren in wichtige EU-Nachbarländer senden positive Signale für die Industrie. Die deutschen Ausfuhren in die 29 Ost-Ausschuss-Länder stiegen in den ersten sieben Monaten gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent auf über 168 Milliarden Euro, angetrieben vor allem von der dynamischen Entwicklung des Polen-Handels. Die deutschen Lieferungen in das östliche Nachbarland kletterten zwischen Januar und Juli 2025 gegenüber dem Vorjahr um fast 3,5 Milliarden Euro (+6,3 Prozent) auf 57,8 Milliarden Euro. Deutlich höhere Ausfuhren waren auch in Richtung Tschechien, Slowenien und Litauen zu verzeichnen. Erneut massiv eingebrochen sind dagegen die Ausfuhren nach Russland (-7,7 Prozent) und vor allem nach Belarus (-70,8 Prozent). Auch auf der deutschen Importseite bestimmen Polen und Tschechien die Dynamik mit Zuwächsen von zusammen 4,7 Milliarden Euro (rund sechs Prozent). Die Einfuhren aus Russland und Kasachstan gingen dagegen erheblich zurück. Insgesamt stiegen die deutschen Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien in den ersten sieben Monaten 2025 um 2,9 Prozent auf fast 154 Milliarden Euro. Bemerkenswert: Der deutsche Außenhandel mit Usbekistan stieg in den ersten sieben Monaten 2025 um fast die Hälfte – ein Indikator für die Belebung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

## 2. Deutschland

---

### **Deutschland will EU-Visa für russische Bürger deutlicher beschränken**

Die Bundesregierung wirbt im Zuge der laufenden EU-Planungen für ein neues Paket mit Russland-Sanktionen auch für eine restriktivere Vergabe von Einreiseerlaubnissen in den Schengenraum, dies berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Demnach wird in einem Positionspapier die vollständige Umsetzung von 2022 veröffentlichten Leitlinien der EU-Kommission gefordert. Mit diesen sollte die Vergabe von Visa an russische Staatsbürger für touristische Reisen oder Shoppingtouren in EU-Staaten eigentlich schon längst stark eingeschränkt werden.

Nach EU-Daten wurden im vergangenen Jahr durch Konsulate in Russland rund 542.000 Visa für Kurzaufenthalte in EU-Ländern oder in anderen Schengenstaaten wie der Schweiz erteilt. Das waren zwar deutlich weniger als im Vor-Corona-Jahr 2019, aber rund ein Fünftel mehr als noch 2023.

Die Entwicklung sorgt vor allem in östlichen EU-Staaten für Frust. Dort wird seit langem kritisiert, dass es nicht sein könne, dass reiche, von der Regierung unter Kremlchef

Wladimir Putin profitierende Russen an Mittelmeerstränden von EU-Staaten in der Sonne liegen, während in der Ukraine zahllose Menschen durch den russischen Angriffskrieg sterben.

Der Blick richtet sich dabei insbesondere auf südliche EU-Staaten, in denen Russen besonders gerne Urlaub machen. Die italienischen Konsulate in Russland vergaben 2024 beispielsweise mehr als 152.000 Schengen-Visa, was einem Plus von etwa 12 Prozent gegenüber 2023 entspricht. Französische Konsularbeamte stellten in Russland zuletzt rund 124.000 Visa aus, spanische etwa 111.000 und griechische knapp 60.000.

Zum Vergleich: Die deutschen Konsulate in Russland bewilligten 2024 lediglich rund 17.000 Anträge auf Schengen-Visa für Kurzaufenthalte. Dies waren rund 2.000 weniger als noch im Vorjahr und viel weniger als im Vor-Corona-Jahr 2019, als es noch fast 326.000 waren.

In den genannten EU-Zahlen sind zwar Langzeitvisa und in Drittstaaten vergebene Visa an russische Staatsbürger nicht enthalten. Nach Angaben von Diplomaten sind sie allerdings gute Vergleichsdaten. Die Gesamtzahl der 2024 von Deutschland an russische Staatsbürger vergebenen Schengen-Visa wurde zuletzt mit rund 27.300 angegeben. Hinzu kamen noch etwa 11.300 nationale Visa für Langzeitaufenthalte, die etwa für Studien- oder Arbeitsaufenthalte notwendig sind.

Begründen lässt sich eine restriktivere Visavergabe vor allem mit dem Ziel, die touristische Einreise von Russen zu unterbinden. Formal könnte sie über eine Neuregelung oder eine konsequentere Anwendung der bestehenden Leitlinien der EU-Kommission aus dem Jahr 2022 zustande kommen.

Die Bundesregierung wollte sich zu dem EU-internen Positionspapier gegenüber dpa zunächst nicht äußern. Aus dem Auswärtigen Amt heißt es, Deutschland habe die Kriterien für die Visavergabe an russische Staatsangehörige bereits zu Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine verschärft. Dies gelte sowohl für nationale Visa als auch im Einklang mit den EU-Leitlinien für Schengen-Visa. Bei letzteren habe die 2024er-Zahl um mehr als 90 Prozent unter der des Jahres 2019 gelegen.

Andere EU-Staaten gehen allerdings bereits deutlich weiter. So haben etwa Polen sowie die baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen die Vergabe von Visa und Aufenthaltsgenehmigungen an Russen weitgehend ausgesetzt.

#### [Deutschland wirbt für restriktivere Visavergabe an Russen - Radio Vest](#)

-----

#### **PCK erhält nach Lieferunterbrechung wieder Öl aus Kasachstan – Bundesregierung verlängert Treuhandverwaltung**

Ein ukrainischer Angriff auf die Pipeline Druschba in Russland hat nach Angaben von Rosneft Deutschland zeitweise auch die Öllieferung an die Raffinerie PCK in Brandenburg beeinträchtigt. Darüber berichtete unter anderem das Handelsblatt. Mittlerweile habe sich die Situation normalisiert, ausgefallene Lieferungen würden nachgeholt

PCK in Schwedt an der Oder bezieht kein russisches Öl mehr, erhält aber im Transit über die Pipeline Druschba Öl aus Kasachstan. Die Ukraine hatte am 21. August die Pumpstation Unetscha im westrussischen Gebiet Brjansk attackiert. Ungarn hatte daraufhin einen Ausfall der Lieferungen gemeldet.

Rosneft Deutschland importiert nach eigenen Angaben monatlich 120.000 Tonnen Öl aus Kasachstan. Die Tochter des größten Ölkonzerns in Russland - Miteigentümerin und Betreiberin von PCK - steht wegen des Moskauer Angriffskrieges gegen die Ukraine seit 2022 unter Bundesverwaltung. Diese Treuhandverwaltung wurde in der Vergangenheit jeweils für sechs Monate angeordnet und dann schrittweise verlängert. Einen Tag vor Ablauf der jüngsten Frist (10. September), wurde der Zeitraum um weitere sechs Monate bis zum 10. März 2026 verlängert. Dies gab das Bundeswirtschaftsministerium in einer Mitteilung am 9. September bekannt. Mit der Verlängerung behält die Bundesnetzagentur weiterhin die Kontrolle über Rosneft Deutschland und damit auch über den jeweiligen Anteil in den drei Raffinerien PCK Schwedt, MiRo (Karlsruhe) und Bayernoil (Vohburg).

Rosneft Deutschland vereint nach Angaben der Bundesregierung insgesamt rund zwölf Prozent der deutschen Erdölverarbeitungskapazität auf sich und gehört zu den größten erdölverarbeitenden Unternehmen in Deutschland. Mit der Verlängerung der Treuhandverwaltung sei die Sicherheit der Energieversorgung weiter garantiert. Die Anordnung gewährleiste insbesondere die Versorgung der Bundesländer Berlin und Brandenburg und sichere den Standort Schwedt, heißt es in der Mitteilung.

[AboserviceTitel - Bundesregierung verlängert Treuhandverwaltung der Rosneft Deutschland](#)

[Rosneft Deutschland: Öl aus Kasachstan läuft wieder an PCK](#)

### 3. Europäische Union

---

#### Planungen zum 19. Sanktionspaket

Am 19. September stellte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Brüssel die möglichen Inhalte des 19. Sanktionspaket gegen Russland vorgestellt, mit dem die EU auf intensivierte Angriffe Russlands auf die Ukraine und auf mehrfache Verletzungen des EU-Luftraums durch russische Drohnen und Flugzeuge reagieren möchte. Von der Leyen rief die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, diese neuen Sanktionen rasch zu billigen. „Wir wollen Russland vom Schlachtfeld zurück an den Verhandlungstisch bringen.“

Im Detail bezieht sich das neue Paket auf die folgenden Bereiche:

#### Energie

- Die EU will den Zugang Russland zu Energie-Einnahmen weiter beschränken. Geplant ist deshalb ein Importverbot von russischem Flüssiggas in die EU ab Anfang 2027. Nach Angaben des EU Observer gaben Frankreich, Spanien und Belgien zuletzt immer noch mehr Geld für russisches LNG aus, als sie an Unterstützung für die Ukraine leisteten.
- Außerdem soll der Ausstieg aus Importen von russischen Energieträgern für alle EU-Länder vorgezogen werden. Der EU-Plan aus dem Sommer 2025 sah einen Ausstieg bis Anfang 2028 vor, dies könnte nun beschleunigt werden. Mit der Ankündigung reagiert die Kommission direkt auf Vorwürfe des US-Präsidenten, dass viele EU-Länder immer noch Milliarden direkte oder indirekte Energieimporte an Russland überwiesen. Während Ungarn und die Slowakei weiterhin in hohem Maße Energie direkt in Russland kaufen, gelangt russisches Öl indirekt als raffiniertes Produkt etwa auch über Indien in die EU. Diese Praxis soll nun frühzeitiger beendet werden.
- Damit die mit dem 18. Sanktionspaket auf 47,60 Dollar gesenkte Obergrenze für den Rohölpreis besser durchgesetzt wird, sollen weitere 118 Schiffe der so genannten russischen Schattenflotte sanktioniert werden.
- Die großen russischen Energiehandelsunternehmen Rosneft und Gazpromneft sollen einem vollständigen Transaktionsverbot unterliegen.
- Die Vermögenswerte weiterer Unternehmen sollen eingefroren werden. Die Maßnahmen sollen sich vor allem gegen Raffinerien, Ölhändler und petrochemische Unternehmen in Drittländern einschließlich China richten

#### Banken/Finanzen

- Geplant ist ein Transaktionsverbot gegen weitere Banken in Russland und gegen Banken in Drittländern.
- Erstmals soll es Maßnahmen gegen Krypto-Plattformen geben, Transaktionen in Kryptowährungen sollen verboten werden.
- Finanzinstitute sollen gelistet werden, die mit russischen alternativen Zahlungssystemen verbunden sind.
- Beschränkt werden sollen Transaktionen mit Unternehmen in Sonderwirtschaftszonen.

## Direkte Ausfuhrbeschränkungen

- Es soll weitere direkte Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien geben, die Russland im Gefecht einsetzen kann.
- Für 45 Unternehmen in Russland und Drittländern soll es Handelsverbote geben. Diese Unternehmen hätten den militärisch-industriellen Komplex Russlands direkt oder indirekt unterstützt.
- Vor allem der Zugang zu Komponenten für Drohnen solle weiter eingeschränkt werden.

## Nutzung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte

- Mit Blick auf die eingefrorenen russischen Vermögenswerte bekräftigte von der Leyen, dass aus den Kassenbeständen, die mit diesen russischen Vermögenswerten verknüpft sind, der Ukraine ein Reparationsdarlehen zur Verfügung gestellt werden könnte. Die Vermögenswerte selbst blieben dabei unberührt. Die Ukraine müsse das Darlehen dann erst zurückzahlen, wenn Russland Reparationszahlungen leiste. Einen entsprechenden Vorschlag soll es dazu bald geben.

Von der Leyen betonte, dass die EU ihre Sanktionen unter Federführung des kanadischen Vorsitzes mit den G7-Partnern abstimme.

Bei einem Treffen des Weimarer Dreiecks in Warschau bestätigte der französische Außenminister Jean-Noel Barrot, dass die neuen Maßnahmen einen vollständigen Ausstieg aus den Importen von russischem Flüssigerdgas (LNG) bis zum 1. Januar 2027 sowie Sanktionen gegen die großen russischen Ölkonzerne Rosneft und Gazprom Neft umfassen würden.

„Anstatt die Europäer zu entmutigen, haben die jüngsten Provokationen (des russischen Präsidenten) Wladimir Putin an den Grenzen Europas unsere Entschlossenheit gestärkt“, sagte Barrot und betonte, dass die Sanktionen auch die russische Zivilwirtschaft treffen werden, einschließlich der ausschließlichen Wirtschaftszonen und Unternehmen, die mit den Kriegsanstrengungen in Verbindung stehen.

Barrot fügte hinzu, dass die Sanktionen mit einer Ausweitung der finanziellen und militärischen Unterstützung für die Ukraine einhergehen. „Wir müssen der Ukraine die finanziellen Mittel geben, um durchzuhalten“, sagte er und verwies auf einen Vorschlag der Europäischen Kommission, der derzeit unter den EU-Mitgliedstaaten diskutiert wird.

Barrot hob außerdem die Koordinierung mit der Trump-Regierung als „Wendepunkt“ in der Entschlossenheit des Westens hervor und sagte, dass die transatlantischen Partner zum ersten Mal Sanktionen in einem vollständig gemeinsamen Rahmen verhängen werden.

Medienberichten zufolge wollten Deutschland und Frankreich ursprünglich auch den russischen Ölkonzern Lukoil sanktionieren. Berlin und Paris hätten im Rahmen von Vorbereitungen für ein mögliches 19. Sanktionspaket gegen Moskau einen

entsprechenden gemeinsamen Vorschlag vorgelegt. Es werde auch erwogen, die Lukoil-Handelstochter Litasco zu sanktionieren. Zudem machten sich Deutschland und Frankreich demnach dafür stark, auch Raffinerien in Drittstaaten mit Strafmaßnahmen zu belegen, die an russischen Ölexporten in die EU beteiligt sind. Auch Unternehmen, die mit russischem Öl handelten, sollten nach dem Willen von Paris und Berlin sanktioniert werden, berichteten die Diplomaten weiter.

Bezogen auf Drittländer sind im neuen Sanktionspaket Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kirgisistan und Tadschikistan aufgeführt, auch weitere chinesischen Unternehmen befinden sich auf der Liste. Der bekannt gewordene Anhang enthält zudem Raum für die zukünftige Aufnahme von Häfen aus Drittländern, obwohl im Entwurf keine aufgeführt sind, wie Politico berichtet.

Laut China Daily wolle die EU mit dem neuen Sanktionspaket sogar zwölf chinesische Unternehmen neu listen, darunter Raffinerien, Ölhändler und petrochemische Unternehmen. Europa wolle damit von seinem eigenen Versagen ablenken, indem es die Schuld China zuschiebe. Außerdem gehe es offensichtlich darum, das Weiße Haus zufriedenzustellen, kommentiert China Daily. Sanktionen gegen chinesische Einrichtungen würden zweifelsfrei den chinesisch-europäischen Handelsbeziehungen schaden. Besser wäre es, die EU würde sich von den USA unabhängig machen.

#### Druck aus den USA

Anfang September hielt sich nach verschiedenen Medienberichten eine EU-Delegation in Washington auf. Die Gespräche seien vom Sanktionsbeauftragten der Union, David O'Sullivan, zusammen mit hochrangigen Vertretern des US-Finanzministeriums geleitet worden und dienten demnach einer Abstimmung der gegenseitigen Sanktionspolitik.

Die EU hat außerdem darüber diskutiert, im Rahmen des derzeit diskutierten 19. Sanktionspakets erstmals sekundäre Sanktionen gegen Länder zu verhängen, die russisches Öl und Gas kaufen. Die USA haben sekundäre Sanktionen in großem Umfang und wirksam eingesetzt, während die EU in allen bisherigen achtzehn Sanktionsrunden auf direkte Sanktionen gesetzt hat.

US-Diplomaten betonten gegenüber europäischen Staats- und Regierungschefs, dass die Trump-Regierung nach wie vor sehr zurückhaltend ist, ohne Beteiligung der EU Strafmaßnahmen gegen Käufer russischer Energie zu verhängen. Europa ist nach wie vor in hohem Maße von Importen russischer Gas- und Öllieferungen abhängig.

„Die Frage ist, ob die Europäer den politischen Willen haben, den Krieg zu beenden“, sagte ein US-Beamter gegenüber der FT. „All diese Maßnahmen sind natürlich kostspielig, und damit der Präsident sie umsetzen kann, brauchen wir unsere EU-Partner und idealerweise alle unsere Partner an unserer Seite. Und wir werden die Lasten gemeinsam tragen.“

China und Indien nehmen nach jüngsten Schätzungen rund 85 Prozent der russischen Rohölexporte ab. In Indien beziehen große Ölraffinerien fast die Hälfte ihres Ölbedarfs aus Russland – vor 2022 lag der Anteil bei nur drei Prozent.



Fast 90 Prozent der Umgehungen westlicher Exportkontrollen erfolgen über chinesische Firmen, so die Aussage der Wirtschaftswissenschaftlerin Elina Ribakova vom Washingtoner Peterson Institute for International Economics.

Nach Angaben der EU sind deren Ölimporte aus Russland in den vergangenen Jahren zwar deutlich zurückgegangen, jedoch nicht vollständig eingestellt. Während die EU nach dem russischen Angriff auf die Ukraine 2022 weitreichende Einfuhrverbote für russische Energieträger wie Kohle und Öl verhängte, gelten diese nicht für über Pipelines transportiertes Erdöl. Die russische Druschba-Pipeline liefert weiterhin Öl nach Ungarn und in die Slowakei. Hingegen haben Deutschland, Polen und die Baltischen Staaten russische Öllieferungen über den nördlichen Strang der Druschba- Pipeline sanktioniert. Allerdings wird über die Pipeline mittlerweile kasachisches Öl nach Schwedt geliefert.

Nachdem die USA den Druck auf Europa erhöht haben, Zölle auf Indien und China einzuführen, um deren Käufe von russischem Öl zu sanktionieren, wurde zuletzt bekannt, dass die chinesischen Ölimporte aus Russland im August 2025 erstmals seit Monaten einen Rückgang verzeichnet haben. Nach offiziellen Angaben der chinesischen Zollbehörden lagen die Importe rund 15 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Der Rückgang, wenn er denn stimmt, könnte darauf hindeuten, dass China seine Bezugsquellen stärker diversifiziert, indem es verstärkt Rohöl aus Brasilien und Indonesien einführt. Russlands Anteil am chinesischen Ölimport sanken laut offizieller Angaben in der ersten Jahreshälfte 2025 auf 17,5 Prozent – der niedrigste Stand seit 2021. 2024 importierte China zudem 547 Millionen Tonnen Kohle aus Russland, ein Rekordniveau.

Unterdessen berichtet Bloomberg, dass China selbst inzwischen stärker gegen die russische Schattenflotte vorgeht: Ab dem 1. November würden im Hafen von Qingdao – einem der größten Ölterminals des Landes, über den fast ein Sechstel der chinesischen Ölimporte abgewickelt wird – neue Vorschriften in Kraft treten. Tanker, die älter als 31 Jahre sind, Schiffe mit ungültigen Zertifikaten oder solche, deren Registrierungsdaten bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation geändert wurden, soll dadurch das Anlaufen des Hafens verboten werden. Jeder Tanker werde zudem nach einem Punktesystem bewertet werden, dabei sollen das Alter des Schiffes und das Vorhandensein einer Umweltschadenversicherung berücksichtigt werden. Bei einer zu niedrigen Bewertung werde das Anlegen verboten.

[Erklärung von Präsidentin von der Leyen zum 19. Sanktionspaket gegen Russland - Europäische Kommission](#)

[Erklärung der Präsidentin zum 19. Sanktionspaket gegen Russland](#)

<https://www.spiegel.de/ausland/trump-wirft-europa-vor-putins-krieg-zu-finanzieren-a-8c1dbf63-4701-476f-bd32-3e20a4468997>

[France says European partners to unveil new Russia sanctions with Trump administration](#)

-----



## **Merz fordert stärkere Nutzung von russischem Zentralbankgeld für die Ukraine**

In die laufende Debatte um die stärkere Nutzung von Geldern der russischen Zentralbank für die Ukraine ist Bewegung gekommen. In einem Beitrag für die „Financial Times“ forderte Bundeskanzler Friedrich Merz am 25. September einen „neuen Impuls“ und einen „wirksamen Hebel“, um Russland an den Verhandlungstisch zu zwingen. Merz will der Ukraine mithilfe von in Europa eingefrorenen Vermögenswerten einen zinslosen Kredit in Höhe von fast 140 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. „Dieser Kredit würde erst dann zurückgezahlt, wenn Russland die Ukraine für die verursachten Schäden entschädigt hat“, schreibt Merz in der Financial Times.

Russland drohte mit „großer“ juristischer Vergeltung. Abseits davon wolle der Kreml jedoch auch außerhalb des Gerichtssaals Vergeltung suchen. Jeder Versuch, auf das eingefrorene Vermögen zuzugreifen, sei mit Diebstahl gleichzusetzen und würde das Vertrauen in den westlichen Finanzmarkt erschüttern.

Seit der ersten großen Sanktionswellen im Jahr 2022 hatten die EU und weitere Verbündete russische Vermögenswerte, die im Westen lagen, eingefroren. Der größte Teil– die meisten Quellen sprechen von rund 200 bis 210 Milliarden Euro – liegt beim belgischen Finanzinstitut Euroclear. Bislang nutzt die EU lediglich die Zinsgewinne, die das eingefrorene Vermögen außerplanmäßig erzielt. Dieses Geld überweist die EU in wiederholten Trancen von ein bis drei Milliarden Euro an die Ukraine. Angesichts klammer Haushaltskassen fordern die Ukraine sowie einige EU-Länder die Beschlagnahme des Geldes.

Merz' Aussagen entsprechen laut einer Einschätzung der Frankfurter Rundschau einem Vorschlag von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte für sogenannte Reparationsanleihen zu nutzen. Demnach würden die russischen Vermögenswerte „unberührt“ bleiben. Kredite würden dieser Vorstellung nach, nach einem Ende des Krieges, von Russland zurückgezahlt werden. Sollte dies allerdings nicht der Fall sein, müssten die EU-Länder oder die Ukraine dafür aufkommen.

„Wir brauchen einen neuen Impuls, um Russlands Kalkulation zu ändern“, schreibt Merz in seinem Gastbeitrag. „Jetzt müssen wir einen wirksamen Hebel ansetzen, um das zynische Zeitspiel des russischen Präsidenten zu durchkreuzen und ihn an den Verhandlungstisch zwingen. Das braucht den Mut und das Selbstvertrauen, eine eigene Agenda zu setzen, statt nur auf seine zu reagieren.“

Gleichzeitig wolle er „den tapferen Ukrainern neue Hoffnung“ geben. „Wir senden damit auch die richtige Botschaft nach Washington: Den Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden müssen wir gemeinsam gehen.“

Merz stellte sich in seinem Beitrag allerdings ausdrücklich gegen eine „Konfiszierung“ der in Europa eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank und führte dabei „völkerrechtliche Probleme“ sowie „grundlegende Fragen der Rolle des Euro als globaler Reservewährung“ an. Zudem dürften die Mittel „allein für die Finanzierung der militärischen Ausrüstung der Ukraine“ eingesetzt werden. Der ukrainische Verteidigungsminister Denys Schmyhal hatte laut RBC Ukraine News kürzlich erklärt, dass

die Ukraine allein fürs kommende Jahr 120 Milliarden Euro brauche, sonst könne das Land sich nicht weiter gegen Russland verteidigen. Das Finanzloch für das Jahr 2026 beziffern Bundestagsabgeordnete, die jüngst die Ukraine besucht haben, auf mehr als 50 Milliarden Euro.

["Financial Times" - Bundeskanzler Merz will eingefrorenes russisches Vermögen für Ukraine-Kredit nutzen](#)

[Merz fordert Ukraine-Kredit aus eingefrorenen Putin-Milliarden – Kreml droht mit „Jahrhundert-Rache“](#)

[Fast 140 Milliarden Euro: Merz will eingefrorenes russisches Vermögen für Ukraine-Kredit nutzen](#)

-----

### **Ölgeschäfte mit Russland:**

#### **Trump setzt EU unter Druck und fordert gemeinsames Vorgehen gegen Indien und China**

Bei einem virtuellen Treffen zwischen europäischen Staats- und Regierungschefs und US-Präsident Donald Trump Anfang September warf dieser laut übereinstimmenden Medienberichten den Europäern vor, den Ukraine-Krieg durch den Kauf russischen Öls zu „finanzieren“. Laut Berichten des US-Mediums „Axios“ und des TV-Senders CNN, die sich auf Quellen im Weißen Haus berufen, forderte Trump in dem Telefonat ein Ende dieser Geschäfte. Zudem drängte er die Länder, mehr Druck auf China auszuüben.

Die Vorwürfe Trumps wurden im Anschluss an ein Treffen der Unterstützerstaaten der Ukraine in Paris laut. Bei den Beratungen, an denen mehr als 30 Nationen teilnahmen, ging es um Sicherheitsgarantien für die Ukraine nach einem möglichen Waffenstillstand mit Russland.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron unterstützte Trumps Kritik und erklärte, die Empörung der USA sei berechtigt, da zwei EU-Länder – Ungarn und die Slowakei – weiterhin russisches Öl bezögen. Macron betonte, es sei wichtig, dass die USA und Europa ihre Sanktionen gegen Russland künftig enger abstimmen, um solche Praktiken zu beenden.

Zudem einigten sich die europäischen Staaten und die USA darauf, Sanktionen gegen Länder zu prüfen, die Russland wirtschaftlich unterstützen oder bei der Umgehung bestehender Sanktionen helfen. In diesem Zusammenhang sei auch China genannt worden, erklärte Macron.

US-Präsident Donald Trump forderte die EU laut anderen Quellen auch dazu auf, China und Indien mit Zöllen von bis zu 100 Prozent auf Importe zu belegen, um Moskau zu zwingen, seinen Krieg in der Ukraine zu beenden. Dies berichteten die Financial Times und BNE IntelliNews. Der US-Präsident habe diese Forderung während eines Telefonats über die Verschärfung der Sanktionen zwischen hochrangigen amerikanischen und

europäischen Beamten in Washington gestellt, wie drei mit den Gesprächen vertraute Beamte der FT berichteten.

„Wir sind bereit, sofort loszulegen, aber wir werden dies nur tun, wenn unsere europäischen Partner mitziehen“, sagte ein US-Beamter. Ein anderer Beamter fügte hinzu, dass Washington bereit sei, alle EU-Zölle auf China und Indien zu „spiegeln“, was möglicherweise zu weiteren Erhöhungen der US-Zölle auf Importe aus beiden Ländern führen könnte.

„Der Präsident kam heute Morgen und vertrat die Ansicht, dass der naheliegende Ansatz hier darin besteht, dass wir alle drastische Zölle einführen und diese so lange beibehalten, bis die Chinesen zustimmen, den Kauf von Öl einzustellen. Es gibt wirklich nicht viele andere Orte, an die das Öl geliefert werden kann“, fügte der erste Beamte hinzu.

Die Aufforderung an Europa, Zölle gegen China und Indien zu verhängen, könnte eine Taktik der Trump-Regierung sein, um erneut direkte Maßnahmen gegen Russland zu vermeiden, schreibt BNE IntelliNews. Dennoch sei das Weiße Haus zunehmend frustriert über die ins Stocken geratenen Friedensbemühungen und die verstärkten Luftangriffe Russlands auf die Ukraine.

Auch den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan forderte Trump zu einem vollständigen Verzicht auf Energie aus Russland auf. „Ich möchte, dass er kein Öl mehr aus Russland kauft“, solange Russland seinen Krieg gegen die Ukraine fort-führe, sagte der Republikaner Ende September bei einem Treffen mit Erdogan im Oval Office des Weißen Hauses vor Journalisten. Erdogan solle auch auf Gas aus Russland verzichten, so Trump.

Wie Indien und China pflegt auch die Türkei enge Beziehungen zu Russland und zur Ukraine, aber lehnt westliche Sanktionen gegen Moskau ab. 2024 kamen nach Angaben der türkischen Energiemarkt-Regulierungsbehörde 66 Prozent aller türkischen Ölimporte aus Russland, bei Gas waren es 41 Prozent.

[bne IntelliNews - Trump urges EU to hit China, India with 100% tariffs](#)

[Uneinige Verbündete: Trump drängt Erdogan zu Verzicht auf russisches Öl](#)

-----

### **Indische Raffinerie umschifft EU-Sanktionen**

Der von Russland unterstützte indische Raffineriebetreiber Nayara Energy exportiert laut Schifffahrtsdaten von LSEG und Kpler im September Ölprodukte mit Hilfe sanktionierter Tanker und erschließt sich offenbar neue Märkte, nachdem er seine Auslandsverkäufe nach den Sanktionen wieder aufgenommen hat, dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Das Privatunternehmen hatte seine Exporte laut Kpler für etwa zwei Wochen eingestellt, nachdem es am 18. Juli von der Europäischen Union wegen Handels mit russischem Öl sanktioniert worden war. Die Exporte von Nayara für raffinierte Produkte – Benzin, Gasöl und Düsentreibstoff – fielen demnach im August und September auf etwa 80.000 Barrel pro Tag, gegenüber etwa 138.000 Barrel pro Tag im Zeitraum Januar bis Juli, wie Daten von Kpler zeigen.

Nayara war gezwungen, die Rohölverarbeitung in seiner Raffinerie in Vadinar im Westen Indiens, die eine Kapazität von 400.000 Barrel pro Tag hat, auf 70 bis 80 Prozent ihrer Kapazität zu reduzieren, wie mit der Angelegenheit vertraute Quellen angaben, da es aufgrund der Sanktionen schwierig war, Schiffe zu chartern und Kraftstoff aus dem Hafen zu verkaufen.

Vor den Sanktionen verkaufte Nayara seine raffinierten Produkte laut Händlern und Schifffahrtsdaten hauptsächlich an westliche, nahöstliche und asiatische Handelsunternehmen für den Export nach Asien und Nordwesteuropa. Nach dem Embargo sind die meisten Ladungen von Nayara für den Nahen Osten, die Türkei, Taiwan und Brasilien bestimmt, wie die Daten zeigen. Seit der Wiederaufnahme der Exporte Anfang August wurden mindestens 16 Ladungen Diesel, Benzin und Düsentreibstoff auf von der EU sanktionierten Tankern aus dem Hafen von Vadinar, wo sich die Raffinerie von Nayara befindet, verschifft, wie die Daten zeigen. Fünf der Tanker, die im August und September mit Produkten von Nayara beladen wurden, befinden sich vor Oman und den Vereinigten Arabischen Emiraten, wie die Daten zeigen. Einige der Tanker führten vor Oman und Ägypten Schiff-zu-Schiff-Transfers durch. Zwei weitere Tanker löschten ihre Ladung im Turkis Enerji Storage Tank Farm in der Türkei. Die Tanker Blue Ember und Anaya, die im August bzw. September in Vadinar beladen wurden, sind laut den Daten auf dem Weg zu den brasilianischen Häfen Santos und Paranagua.

Nayara Energy, die Behörden in Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Brasilien, das ägyptische Energieministerium und Turkis Enerji reagierten nicht auf Anfragen nach einer Stellungnahme. Ein weiterer Tanker, die Opal, löschte am 16. September im taiwanesischen Hafen Taichung hochschwefelhaltiges Gasöl, das am 22. August in Vadinar geladen worden war, wie aus den Daten hervorgeht.

Das taiwanesisches Wirtschaftsministerium lehnte eine Stellungnahme ab. Taiwan hat weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt, verbietet jedoch nicht ausdrücklich russische Energieimporte.

[After sanctions, Indian oil refiner Nayara's exports find new markets | Reuters](#)

## 4. Russland

---

### **Mehrwertsteuererhöhung zur Kriegsfinanzierung**

Verschiedenen Medienberichten zufolge will die russische Regierung seinen Krieg gegen die Ukraine mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren. Für den Haushalt 2026 plane das Finanzministerium in Moskau eine Erhöhung der Abgabe von 20 auf 22 Prozent, berichtet etwa der Tagesspiegel. Der Staat werde zwar angeblich alle seine Verpflichtungen in der Sozialpolitik erfüllen, als „strategische Priorität“ wurden aber Verteidigung und Sicherheit genannt sowie die Versorgung der Soldaten und ihrer Familien.

Schon im laufenden russischen Haushalt 2025 machen Militär und Sicherheit Berechnungen zufolge etwa 40 Prozent aller staatlichen Ausgaben aus. Die Kriegswirtschaft mit großen Aufträgen für die Rüstungsindustrie sowie hohe Zahlungen an Soldaten und deren Familien haben dem Land Wachstum beschert. Doch zuletzt häuften sich Krisenzeichen in zivilen Branchen. Die russische Bevölkerung leidet unter der Teuerung.

-----

### **Konjunkturabschwung: Sanktionen belasten russische Unternehmen**

Laut einer Umfrage der russischen Wirtschaftszeitung RBC und des Wirtschaftsverbands Opora Rossii erwarten 57 Prozent der russischen Firmen eine Abschwächung der Konjunktur. Nur 28 Prozent glauben an eine Erholung. Gefragt wurde zudem nach den Auswirkungen westlicher Sanktionen. 62 Prozent der befragten Unternehmen betonen, dass mit Russland befreundete Staaten wie China oder Indien die Verluste durch den Wegfall westlicher Märkte nicht kompensieren konnten. Nur 12 Prozent ist es demnach gelungen, die Sanktionsverluste wettzumachen.

Eine Umfrage der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer hatte zuvor ähnlich negative Ergebnisse ermittelt: Fast die Hälfte der von der Kammer befragten Unternehmen berichteten über starke Auswirkungen der Sanktionen, während nur vier Prozent überhaupt keine Beeinträchtigung feststellten. Knapp die Hälfte der befragten Unternehmen erlitt demnach Verluste zwischen 100.000 Euro und 10 Millionen Euro, in Einzelfällen sogar Verluste, die höher als bei einer Milliarde Euro liegen, berichtet die Kammer.

Aufgrund der lahmen Konjunktur hat im laufenden Jahr fast jedes zehnte Autohaus in Russland aufgegeben. Ihre Zahl ist von Jahresbeginn bis zum 1. September um 9 Prozent auf 7284 Autohäuser gesunken, berichtet der Internetkonzern Yandex. Im 1. Halbjahr haben 30,4 Prozent der Unternehmen in Russland Verluste gemacht. Dies geht aus Daten der Statistikbehörde Rosstat hervor - der höchste Wert seit dem Corona-Jahr 2020. Nicht berücksichtigt in dieser Statistik sind allerdings kleine und mittlere Unternehmen, der Finanzsektor und staatliche Unternehmen. In absoluten Zahlen erwirtschafteten laut Rosstat 43.000 Unternehmen zusammen Gewinne in Höhe von 195 Milliarden Euro,

während die fast 19.000 defizitären Unternehmen Verluste in Höhe von 53 Milliarden Euro verzeichneten.

-----

### **Gemeinsame Militärforschung: China hilft Russland durch Know-how**

Neue Forschungsergebnisse, die Radio Free Europe ausgewertet hat, zeigten, dass führende chinesische Universitäten mit Verbindungen zum Verteidigungssektor des Landes ihre Forschungsk Kooperationen mit russischen Einrichtungen deutlich ausgebaut haben. Damit verschafften sie Moskau Zugang zu neuen Technologien und Fachwissen, was westliche Sanktionen ausbremse, so Radio Free Europe.

Die vorläufigen Ergebnisse, die vom Think Tank Australian Strategic Policy Institute (ASPI) zusammengestellt wurden, zeigten, dass alle 68 chinesischen Universitäten, die offiziell als Teil des Verteidigungssystems des Landes bezeichnet werden oder von einer Verteidigungsbehörde beaufsichtigt werden, ihre Forschungsk Kooperationen mit Russland seit 2019 „vertieft oder drastisch vertieft“ haben.

Diese wachsende Zusammenarbeit könnte Moskau einen besseren Zugang zu strategischen Technologien mit militärischen Anwendungsmöglichkeiten verschaffen, in denen China eine globale Führungsrolle einnimmt, während Peking Zugang zu Forschung und Entwicklung in Schlüsselbereichen wie der Flugzeugtriebwerksproduktion erhält, in denen Russland nach wie vor führend ist, so der Hauptautor des Forschungsprojekts.

Vorläufige Daten des ASPI deuten auf wachsende Forschungspartnerschaften zwischen den führenden Forschungseinrichtungen beider Länder hin, die sich auf Luftfahrt und Drohnentechnologie konzentrieren.

Eine bemerkenswerte Partnerschaft, die von ASPI identifiziert wurde, bestehe zwischen dem Moskauer Luftfahrtinstitut (MAI) und der Beihang-Universität, die 2017 einen gemeinsamen Masterstudiengang eingerichtet haben. Das Aero-Engine Research Institute der Beihang-Universität gibt an, dass das Ziel des Programms darin besteht, dem Flugzeugtriebwerkssektor in China zu helfen, eine „kritische Phase der Transformation“ von „Test- und Imitationsforschung und -entwicklung“ zu „unabhängiger Entwicklung“ zu durchlaufen.

Diese Zusammenarbeit bringt beiden Seiten klare Vorteile und doppelte Verwendungsmöglichkeiten, vom Schlachtfeld in der Ukraine bis hin zu Monopolen über zukünftige kritische Technologien.

Ein weiteres wichtiges Zentrum für die chinesisch-russische Forschung ist das Harbin Institute of Technology (HIT), eine der bedeutendsten militärischen Forschungsuniversitäten Chinas, die 2020 von der US-Regierung wegen ihrer angeblichen Rolle bei der Beschaffung von Gütern für das Militär in Peking mit Sanktionen belegt wurde.

Das HIT bilde mehr als 1.500 chinesische und russische Studierende in einem neuen Wissenschaftszentrum aus, das gemeinsam mit der Staatlichen Universität St. Petersburg

gegründet wurde. Die chinesische Universität unterzeichnete 2024 außerdem eine strategische Kooperationsvereinbarung mit dem Skolkovo-Institut für Wissenschaft und Technologie und der Russischen Akademie der Ingenieurwissenschaften, neben einer langen Liste weiterer Vereinbarungen mit russischen Instituten.

Diese engen Verbindungen veranlassten Putin 2024 im Rahmen eines Staatsbesuchs in China zu einem Besuch der HIT, wo er erklärte, die Einrichtung sei „untrennbar mit Russland verbunden“.

<https://www.rferl.org/a/china-russia-xi-putin-military-university-drone-aircraft-engine/33533979.html>

-----

### **China liefert Komponenten für die russische Drohnenproduktion**

Laut Recherchen des britischen „Telegraph“ über die unter anderem der deutsche Focus berichtet, beliefern seit 2023 insgesamt 97 chinesische Unternehmen russische Firmen mit Bauteilen für Drohnen. Es soll dabei um Lieferungen im Wert von mindestens 54 Millionen Euro gehen – darunter Flugzeugmotoren, Mikroelektronik, Metalllegierungen, Kameralinsen und Carbonfasern. Rund ein Viertel dieser Exporte ging an sanktionierte Firmen, die an der Produktion iranischer Shahed-Kamikaze-Drohnen beteiligt sind.

„Wir finden ständig Chips und Platinen mit chinesischen Aufdrucken in abgeschossenen Drohnen“, erklärte ein ukrainischer Luftabwehroffizier gegenüber dem „Telegraph“. Diese Funde zeigen, wie eng Chinas Wirtschaft in Putins Kriegsmaschinerie verwoben ist – trotz Pekings offizieller Neutralitätsrhetorik. Im Juli veröffentlichte der ukrainische Außenminister Andrij Sybiha Fotos von Trümmern einer abgeschossenen Drohne – deutlich zu sehen war das Logo eines chinesischen Unternehmens.

Anstatt offen Waffen zu liefern, setze China auf Bauteile mit ziviler und militärischer Doppelnutzung. „Es gibt ihnen die Möglichkeit zu sagen: Wir liefern keine Waffen“, erläutert China-Experte Andrea Ghiselli im „Telegraph“. Oft werden Drohnenteile als Bauteile für Klimaanlage oder Spielkonsolen deklariert und dann nach Russland geschmuggelt“, sagte ein ukrainischer Soldat dem „Telegraph“.

Ein zentraler Knotenpunkt dieser Zusammenarbeit sei die Drohnenfabrik in der „Jelabuga-Sonderwirtschaftszone“ bei Kasan. Dort entstünden neben Kopien der iranischen Shahed-Drohnen auch eigene russische Modelle wie die „Gerbera“ oder die „Garpiya“. Wie FOCUS online im Juli berichtete, arbeiten in Jelabuga unter anderem Jugendliche an den Fließbändern, die teils direkt aus Berufsschulen in die Produktion geholt würden.

„Russland zielt darauf ab, die Ukraine mit bis zu 2000 Drohnen pro Nacht anzugreifen“, warnte Generalstabsoffizier Christian Freuding im Gespräch mit dem „Telegraph“.

Laut Focus zeigten die Enthüllungen des „Telegraph“, dass China mehr ist als ein neutraler Beobachter: Das Land sei ein entscheidender Partner im russischen Drohnenkrieg gegen die Ukraine.



[97 dubiose Firmen: Recherche enthüllt, wie China Russland heimlich bewaffnet - FOCUS online](#)

[How China is secretly arming Russia](#) (Paywall)

-----

### **SWIFT nimmt 25 russische Unternehmen neu auf**

Seit Februar 2022 ist es keiner der russischen Organisationen, die aufgrund westlicher Sanktionen vom Bankenkommunikationssystem SWIFT abgetrennt wurden, gelungen, den Zugang zum System wiederherzustellen. Allerdings haben sich seitdem 25 neue Unternehmen SWIFT angeschlossen. Dies erklärt Sergey Putyatinsky, Mitglied des Rosfinkom-Ausschusses (Association of Financial Communications Participants) dem Korrespondenten des russischen Wirtschaftsmediums RBC. „Das heißt, es werden Sanktionen verhängt, Organisationen verlassen das Land, aber neue Organisationen werden in aller Ruhe, ohne Probleme und Verzögerungen, angeschlossen“, sagte er.

Putjatinskij zufolge hat sich das Volumen des russischen SWIFT-Verkehrs derzeit um das Dutzendfache verringert, und der innerrussische Verkehr, der früher über den Interbankenverkehr abgewickelt wurde, ist „praktisch zum Erliegen gekommen“. Trotzdem hätten Ende August 2025 201 Organisationen aus Russland Zugang zum System, sagte er.

Der Ausschluss führender russischer Banken aus dem SWIFT-System war eine der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland nach dem Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine. Die Beschränkungen betreffen unter anderem die Sberbank, VTB, Rosselkhozbank, Promsvyazbank und Sovcombank. Inländische Überweisungen werden über ein russisches Analogon, das Financial Message Transmission System der Bank of Russia, abgewickelt.

[С 2022 года к SWIFT подключились 25 новых российских компаний — РБК](#)

-----

### **Russisches Gericht hebt vorübergehende Sperre für Raiffeisen-Aktien in russischer Tochtergesellschaft auf**

Ein russisches Gericht hat laut einem Bericht von Reuters vorläufige Maßnahmen aufgehoben, die der österreichischen Raiffeisen Bank International (RBIV.VI) den Verkauf ihrer russischen Tochtergesellschaft RBI untersagten. Dies habe ein Anwalt der russischen Tochtergesellschaft der Raiffeisenbank gegenüber Reuters erklärt. Die Entscheidung des Gerichts könnte RBI einem Ausweg aus Russland näherbringen, an dem die Bank nach eigenen Angaben seit mehr als drei Jahren arbeitet, seit Russland den Konflikt in der Ukraine begonnen hat.

Die Suche nach einem geeigneten, nicht sanktionierten Käufer bleibe jedoch eine Herausforderung, und Banken sehen sich zusätzlichen regulatorischen Hürden gegenüber, darunter die Notwendigkeit einer persönlichen Genehmigung für jedes Geschäft durch Präsident Wladimir Putin. „Damit ist nun nur eine der Hürden für den Verkauf der russischen Einheit beseitigt, während andere bestehen bleiben – wie beispielsweise die behördliche Genehmigung durch die russischen Behörden“, erklärte die RBI auf Anfrage.

„Wir haben während der gesamten Dauer des Verbots kontinuierlich an dem Verkauf gearbeitet und tun dies auch jetzt, nachdem das Verbot aufgehoben wurde, weiterhin.“ Ein russisches Gericht hatte im Juni den Antrag der RBI auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung abgelehnt. Dies war das Ergebnis einer Klage der russischen Investmentfirma Rasperia nach einem gescheiterten Geschäft, in dessen Folge die RBI im vergangenen Jahr zur Zahlung von rund 2 Milliarden Euro (2,3 Milliarden US-Dollar) Schadenersatz verurteilt worden war.

[Russian court lifts temporary freeze of Raiffeisen shares in Russian unit | Reuters](#)

-----

### **Mit Hilfe Panamas und der Schweiz: Schleichwege für russische Ölexporte nach China**

China gilt nach wie vor als Hauptabnehmer von Rohöl aus Russland. Die Frankfurter Rundschau berichtet nun unter Berufung auf internationale Medien von einem Verschleierungs- beziehungsweise Sanktionsumgehungssystem unter Beteiligung Chinas. Wie der US-Sender CNN ausgehend von Daten des Handelstrackers Vortexa berichtet, bezieht China 13,5 Prozent seiner Rohölimporte aus Russland, allein 2024 habe Chinas russisches Öl im Wert von rund 62,6 Milliarden US-Dollar aus Russland bezogen. Economist Intelligence geht hingegen davon aus, dass China sogar 21,5 Prozent seiner Öl-Importe aus Russland bezog. Gestützt werden dürfte die Theorie, dass Chinas Öl-Importe höher liegen, als die Zahlen es vermuten lassen, durch eine mutmaßlich beträchtliche Dunkelziffer der Importe.

Das US-Medium Financial Times berichtete dazu am 20. August ausgehend von Daten der gemeinnützigen Schiffstracking-Organisation C4ADS von einem dubiosen Geschäftsmodell, das chinesische Abnehmer ihrem Öl-Handel mit Russland und auch dem Iran zugrunde legen und mit dem der Handel nach China verschleiert werde. Maßgeblich an der Umsetzung des Rohstoffhandels beteiligt gewesen sei demnach der in Panama registrierte Händler Ocean Glory Giant.

Da normale Bankgeschäfte und Kreditverträge beim Handel mit russischem und iranischem Öl schwierig geworden sind, weil international agierende Banken Gefahr laufen durch Geschäfte mit Russland zur Zielscheibe von US-Sanktionen zu werden, nutzt China der Financial Times zufolge offenbar ein ausgeklügeltes Absicherungssystem für Ölgeschäfte. Dafür seien Schiffshypothesen genutzt worden: So habe Ocean Glory Hypothesen für Öltanker aufgenommen, die als Garantie für den Handel mit chinesischen Käufern dienen sollten. Über Schweizer Rechtsanwälte seien solche Hypothesen auf mehr als 30 Tanker eingerichtet worden.

Erhielt Ocean Glory keine Zahlung für das gelieferte Öl, konnte das Unternehmen die Hypothek einfordern und von der Gegenpartei das Eigentum an dem Schiff verlangen. In der Zeit, in der die Hypotheken bestanden, sollen diverse Schiffe mindestens 130 Millionen Barrel Öl im Wert von circa 9,6 Milliarden US-Dollar nach China transportiert haben, so meldet die Financial Times ausgehend von der C4ADS-Analyse. Etwa die Hälfte des importierten Öls soll aus dem Iran stammen, und je ein Viertel aus Russland sowie aus Venezuela.

So wurde ein Tanker namens „Skadi“ laut C4ADS im November 2022 für knapp 20 Millionen US Dollar verpfändet, und zwar im Rahmen einer Vereinbarung, die bis Dezember 2024 gültig war. Aus den Schiffsverfolgungsdaten geht hervor, dass das Schiff im Februar 2023 eine Ladung Rohöl aus dem Ural im russischen Hafen Primorsk abholte und dann einen Teil davon auf ein anderes mit einer Hypothek belastetes Schiff, die An Shun II, im Rahmen eines Schiff-zu-Schiff-Transfers vor der spanischen Küste entlud. Die An Shun II lieferte das Öl dann nach China.

Obwohl die Lieferung laut Schiffstracking-Daten in über 90 Prozent der Fälle nach China gelangten, ist der Financial Times zufolge nicht klar, welche Abnehmer konkret das Öl kauften. So war jeder einzelne Tanker auf eine andere Holdinggesellschaft registriert worden, die je auf einen anderen chinesischen Eigentümer zurückführte.

[Russisch-chinesischer Ölhandel: Sanktionen werden ausgehebelt](#)

### **USA erreichen Freilassung von Gefangenen in Belarus und lockern Belavia-Sanktionen**

Der belarussische Machthaber Alexander Lukaschenko hat nach Verhandlungen mit den USA mehr als 50 politische Häftlinge freigelassen und abgeschoben, dies berichtet die Deutsche Presse-Agentur. Im Gegenzug lockerten die USA Sanktionen gegen Belavia (siehe General Licence des OFAC unten). „52 Gefangene haben heute von Weißrussland aus sicher die litauische Grenze überquert und dabei Stacheldraht, vergitterte Fenster und ständige Angst hinter sich gelassen“, teilte der litauische Präsident Gitanas Nauseda auf der Plattform X mit. Unter den Freigelassenen seien auch sechs Litauer. Insgesamt sind nach Angaben aus Minsk 14 Ausländer unter den Freigelassenen: aus Litauen, Lettland, Polen, Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Die Freilassungen hatte Lukaschenko zuvor indirekt bei Gesprächen mit dem US-Sonderbotschafter John Coale in Minsk angekündigt. Er habe kein Interesse daran, diese Personen hinter Gitter zu halten. Wenn Trump sie haben wolle, sei er bereit, „einen großen Deal abzuschließen“, sagte der 71-Jährige, der seit 1994 in Belarus (früher Weißrussland) an der Macht ist.

Laut dem Bürgerrechtszentrum Wjasna ist auch Ex-Präsidentschaftskandidat Nikolai Statkewitsch freigekommen. Über eine Freilassung der bekannten Oppositionellen Maria Kolesnikowa ist hingegen nichts bekannt.

Die genauen Gegenleistungen seien bislang unklar, schreibt die dpa. Klar ist, dass die USA unter anderem die Sanktionen gegen die staatliche Fluggesellschaft Belavia lockerten und die eingefrorenen diplomatischen Beziehungen wieder auftauen.

Die USA und die EU hatten Belavia 2021 nach einer erzwungenen Umleitung einer Boeing 737 von Ryanair nach Minsk unter Sanktionen gestellt. Die US-Lockerungen könnten Belavia nun wieder leichteren Zugang zu Ersatzteilen verschaffen oder sogar Leasinggeschäfte ermöglichen.

Lukaschenko, der als engster Verbündeter von Kremlchef Wladimir Putin gilt, setzt seit Monaten parallel auf eine Annäherung zu den USA. So hatte er bereits im Juni nach einem Treffen mit US-Unterhändlern mehrere Oppositionelle freigelassen, darunter den bekannten Blogger Sergej Tichanowski. Nach Einschätzung von Menschenrechtsorganisationen gibt es in Belarus aber immer noch weit mehr als 1.000 politische Gefangene.

Unterdessen wachsen in den USA die Befürchtungen, dass russische Fluggesellschaften über Belarus Zugriff auf sanktionierte Ersatzteile erhalten, berichtet Politico. Ersatzteilverkäufe aus den USA an Belavia sind wieder erlaubt. Washington will die Airline aber eigentlich von Flügen nach Russland abhalten – auch wenn eine solche Einschränkung möglicherweise keinen Erfolg hat.

Belarus General Licence 11  
[download](#)

## ----- **USA verschärfen Exportkontrollen**

Die US-Regierung hat laut Informationen von China Table ihre Maßnahmen gegen das Umgehen von Exportbeschränkungen durch Unternehmen in China und anderen Ländern verschärft. Eine neue Regelung des Handelsministeriums setze automatisch Tochterfirmen auf die sogenannte Entity List, wenn sie zu mindestens 50 Prozent einem bereits sanktionierten Unternehmen gehören. Damit steige die Zahl der betroffenen Firmen erheblich.

Für US-Exporteure bedeutet das zusätzliche Hürden: Lieferungen an diese Unternehmen erfordern künftig eine Ausfuhrgenehmigung, die in vielen Fällen wohl abgelehnt wird. Experten erwarten dadurch Störungen in Lieferketten und größere Risiken für Unternehmen, die mit chinesischen oder anderen ausländischen Partnern Geschäfte machen. Besonders im Fokus stünden Technologien wie Ausrüstung für die Chipherstellung, schreibt China Table. Das Handelsministerium in Peking sprach in einer ersten Reaktion von „unangemessener Unterdrückung chinesischer Firmen“ und kündigte Gegenmaßnahmen an.

## ----- **Tauziehen um NIS geht weiter**

Der serbische Präsident Aleksandar Vucic gab bekannt, dass die Ölgesellschaft NIS nach dem 1. Oktober eine zusätzliche acht Tage dauernde Aussetzung der Sanktionen erhalten habe. Dies berichtete Reuters unter Berufung auf die ungarische Nachrichtenagentur (MTI). Vucic dankte demnach der Regierung in Washington für die Verschiebung. Er fügte jedoch hinzu, dass das Land nach Ablauf der Frist im Wesentlichen vor derselben Frage stehen werde, auf die es derzeit keine Antwort habe. Er merkte an, dass Belgrad versuchen werde, einen neuen Plan vorzuschlagen, aber es sei unklar, ob die andere Seite diesen akzeptieren werde.

Die Vereinigten Staaten kündigten bereits am 10. Januar an, dass sie Strafmaßnahmen gegen das serbische Unternehmen verhängen würden, das mehrheitlich in russischem Besitz ist. Serbien wurde eine Frist von 45 Tagen gesetzt, um die russische Beteiligung an NIS zu entfernen, was jedoch nicht gelang. Kurz vor Ablauf der Frist gab die Belgrader Börse bekannt, dass Gazpromneft, die Öltochter des russischen staatlichen Energieunternehmens Gazprom, rund 5 Prozent ihrer Anteile an ihre Muttergesellschaft übertragen habe.

Zuvor befanden sich 50 Prozent der serbischen staatlichen Ölgesellschaft im Besitz von Gazpromneft, 6,15 Prozent im Besitz von Gazprom, 29,87 Prozent im Besitz des serbischen Staates und der Rest im Besitz von Kleinaktionären. Nach der Änderung sank der Anteil von Gazpromneft auf 44,85 Prozent, während der Anteil von Gazprom auf 11,30 Prozent stieg. Am 19. September übertrug Gazprom diesen Anteil von 11,30 Prozent an seine Tochtergesellschaft Intelligence.

Vucic sagte zuvor, dass die Strafmaßnahmen „Probleme mit den Banken verursachen könnten, da niemand mit einem Unternehmen Geschäfte machen will, das unter Sanktionen steht, und NIS vermutlich nicht in der Lage sein wird, die Gehälter seiner Mitarbeiter zu zahlen“. Serbien hat 1.529 Tankstellen, von denen 324 von NIS betrieben werden.

[The sanctions against NIS has been postponed by another eight days](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### Kanada

#### Absenkung des Ölpreis-Deckels

Nach der EU und Großbritannien hat jetzt auch Kanada hat jetzt den Ölpreisdeckel für russische Exporte abgesenkt. Das teilten laut einer Meldung der Frankfurter Rundschau Außenministerin Anita Anand und Finanzminister François-Philippe Champagne am 3. September mit. Mittels dieser Änderungen an einer „Verordnung über Sonderwirtschaftsmaßnahmen“ sollen Russlands Einnahmen aus Ölexporten weiter schrumpfen.

Anstatt der vorher geltenden 60 US-Dollar pro Barrel (159 Liter) soll der Höchstpreis für russisches Öl nun bei 47,60 US-Dollar liegen, umgerechnet etwa 40,85 Euro. Kanada behält sich dabei die Möglichkeit vor, weitere Anpassungen an diesem Limit vorzunehmen, falls zum Beispiel eine Entscheidung über eine weitere Absenkung erfolgt.

Die neue Ölpreisgrenze sieht eine Ausnahme für alle Waren vor, die auf ein Schiff verladen und innerhalb der ersten 45 Tage nach Inkrafttreten der Änderungen an ihrem Bestimmungsort entladen werden.

Russlands Wirtschaft ist vom Öl abhängig – ganzer Sektor schwächelt  
Der Ölsektor ist eine der wichtigsten Säulen für Russlands Wirtschaft. Jährlich spülen die Exporte viele Milliarden Rubel in die Kassen der Produzenten; über die ersten sieben Monate 2025 nahmen sie laut Frankfurter Rundschau rund 5,52 Billionen Rubel ein (59,2 Milliarden Euro). Laut Moscow Times gingen die Einnahmen allerdings im Vergleich zum Vorjahr um 19 Prozent zurück.

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **UNO setzt Sanktionen gegen Iran in Kraft – EU folgt**

Die Europäische Union bestätigte am 29. September, dass sie wegen des iranischen Atomprogramms erneut umfassende Sanktionen gegen den Iran verhängt hat, nachdem die Vereinten Nationen ihre übergreifenden Maßnahmen wieder in Kraft gesetzt hatten. Die UNO unternahm diesen Schritt am Wochenende, nachdem westliche Mächte den sogenannten „Snapback“-Mechanismus im Rahmen des Atomabkommens von 2015 ausgelöst hatten. Dies berichtet Euractiv.

Die von den 27 EU-Mitgliedstaaten wieder eingeführten Sanktionen umfassen UN-Maßnahmen, die den Umgang mit den nuklearen und ballistischen Raketenaktivitäten Teherans verbieten. Sie gehen jedoch noch weiter und umfassen auch finanzielle Maßnahmen, darunter das Einfrieren von Vermögenswerten der iranischen Zentralbank.

Teheran hat die Wiedereinführung der UN-Sanktionen als „ungerechtfertigt“ verurteilt. Trotz der Wiedereinführung betonten westliche Staats- und Regierungschefs, dass die Kanäle für den Dialog offen blieben. Kaja Kallas, die oberste Diplomatin der Europäischen Union, sagte zu der Maßnahme, die Wiedereinführung von Sanktionen „darf nicht das Ende der Diplomatie sein“.

[Iran sanctions snapback: Council reimposes restrictive measures - Consilium](#)

[EU confirms reimposition of Iran sanctions after UN move | Euractiv](#)

-----

### **US-Sanktionen gegen Houthi-Netzwerk mit Verbindungen nach China**

Das Amt für die Kontrolle ausländischer Vermögenswerte (Office of Foreign Assets Control, OFAC) des US-Finanzministeriums hat am 11. September im Rahmen der nach eigenen Angaben bislang größten Sanktionsmaßnahme des Finanzministeriums gegen die vom Iran unterstützte Ansarallah, allgemein bekannt als Houthis, 32 Personen und Organisationen benannt und vier Schiffe identifiziert. Die ins Visier genommenen Netzwerke seien Teil der weltweiten illegalen Geldbeschaffungs-, Schmuggel- und Waffenbeschaffungsoperationen der Houthis und umfassen mit den Houthis verbundene Unternehmen, deren Eigentümer und andere wichtige Houthi-Aktivisten in Jemen, China, den Vereinigten Arabischen Emiraten und den Marshallinseln.

„Die Houthis bedrohen weiterhin US-Personal und -Vermögenswerte im Roten Meer, greifen unsere Verbündeten in der Region an und untergraben in Abstimmung mit dem iranischen Regime die internationale maritime Sicherheit“, sagte laut Pressemitteilung des OFAC John K. Hurley, Unterstaatssekretär für Terrorismus und Finanzinformationen im Finanzministerium. „Wir werden weiterhin maximalen Druck auf diejenigen ausüben, die die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Region bedrohen.“



Die ins Visier genommenen Personen finanzierten und erleichterten den Houthis den Erwerb von fortschrittlichen militärischen Materialien, darunter ballistische Raketen, Marschflugkörper und Komponenten für unbemannte Luftfahrzeuge, die für Angriffe auf US-Streitkräfte und unsere Verbündeten sowie auf die Handelsschifffahrt im Roten Meer verwendet werden. Diese Angriffe hätten zahlreiche zivile Todesopfer gefordert und bedrohten sowohl die US-Wirtschaft und den globalen Handel als auch den Frieden und die Stabilität im Nahen Osten insgesamt. Die Houthis erzielten erhebliche Einnahmen durch den Import von Öl und anderen Rohstoffen über Häfen, die unter ihrer Kontrolle stehen, durch die Überwachung komplexer Schmuggeloperationen und durch die Geldwäsche großer Summen im Auftrag der Führungsspitze der Houthis. Die Erlöse aus diesen illegalen Aktivitäten finanzieren die globale Waffenlieferkette der Houthis, die sich auf Beschaffungsagenten, Scheinfirmen, Transportunternehmen und verschiedene Lieferanten stützt.

Die Dual-Use-Komponenten und militärtauglichen Materialien, die die Houthis von kommerziellen Lieferanten beziehen, würden wiederum dazu verwendet, um unschuldige Zivilisten anzugreifen und die Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer zu beeinträchtigen. Aus diesem Grund wurden auch Unternehmen mit Sitz in China sanktioniert:

Hubei Chica Industrial Co., Ltd. (Hubei Chica) ein in China ansässiger Chemielieferant, der in Zusammenarbeit mit wichtigen Beschaffungsbeauftragten der Houthis große Mengen chemischer Vorläufersubstanzen geliefert habe, die zur Herstellung von ballistischen Raketen, Sprengstoffen und anderen fortschrittlichen Waffensystemen im Jemen verwendet wurden. Vertreter von Hubei Chica hätten die Houthis bei der Fälschung von Versanddokumenten unterstützt, wodurch die Houthis ihre laufenden Beschaffungen von chemischen Vorläufersubstanzen verbergen und die chinesischen Exportkontrollen umgehen konnten.

Shenzhen Shengnan Trading Co., Ltd (Shenzhen Shengnan) ein in China ansässiges Logistikunternehmen, das mehrere Lieferungen von elektronischen Komponenten mit doppeltem Verwendungszweck an Scheinfirmen der Houthis im Jemen durchgeführt habe. Die Houthis verwendeten diese Komponenten zur Herstellung von unbemannten Luftfahrzeugen (UAVs) und anderen Waffensystemen.

Das in China ansässige Unternehmen Shanxi Shutong Import and Export Trade Co. Ltd. (Shanxi Shutong) habe Hunderttausende Tonnen chemischer Vorläufersubstanzen an die Houthis geliefert, darunter Chemikalien, die Houthi-Aktivisten zur Herstellung von Motoren für ballistische Raketen und Sprengstoffe verwenden. Shanxi Shutong operiere über seine Tochtergesellschaft Shandong Mingming New Material Technology Co., Ltd. (Shandong Mingming).

Yiwu Wan Shun Trading Company Limited (Yiwu Wan Shun) sei eine in China ansässige Scheinfirma der Houthis. Seit mindestens 2021 koordineiere Yiwu Wan Shun die groß angelegte Beschaffung und den Versand von UAV-Komponenten und anderen Gütern mit doppeltem Verwendungszweck von in China ansässigen Lieferanten, die für die Waffenproduktion der Houthis von entscheidender Bedeutung sind.

Das in China ansässige Logistikunternehmen Guangzhou Yakai International Freight Forwarding Co., Ltd. (Guangzhou YK) habe zahlreiche Lieferungen von Dual-Use-

Komponenten und anderen militärischen Materialien zur Unterstützung der Waffenentwicklungsbemühungen der Houthis ermöglicht. Guangzhou YK habe wiederholt Lieferungen von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck aus China an Scheinfirmen der Houthis im Jemen sowie an andere Standorte in Nachbarländern organisiert. Guangzhou YK wird offenbar mit einigen der wichtigsten Lieferungen von Komponenten mit doppeltem Verwendungszweck der Houthis betraut.

Guangzhou Nahari Trading Co., Ltd. (Guangzhou Nahari) eine in China ansässige, mit den Houthis verbundene Reederei, die die kommerziellen Beschaffungsbemühungen der Houthis in China unterstützt habe. Guangzhou Nahari habe Güter mit doppeltem Verwendungszweck und andere Komponenten von in China ansässigen Lieferanten beschafft und diese dann in Lieferungen für die von den Houthis kontrollierten Gebiete im Jemen versteckt.

[Treasury Sanctions Houthi Illicit Revenue and Procurement Networks | U.S. Department of the Treasury](#)

-----

### **China sanktioniert sechs US-Unternehmen mit Taiwan-Verbindungen**

China hat am 25. September Sanktionen gegen sechs US-Unternehmen verhängt, da die Spannungen in den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern trotz eines geplanten Treffens zwischen US-Präsident Donald Trump und dem chinesischen Staatschef Xi Jinping weiter eskalieren. Dies berichtet Associated Press. Drei US-Unternehmen wurden laut einer Erklärung des Handelsministeriums auf Chinas „Liste unzuverlässiger Unternehmen“ gesetzt, wodurch ihnen der Handel mit China effektiv untersagt wird.

Das Ministerium erklärte, die Unternehmen hätten „eine sogenannte militärisch-technische Zusammenarbeit mit Taiwan betrieben und damit die nationale Souveränität, Sicherheit und Entwicklungsinteressen Chinas schwer beeinträchtigt“. Bei den Unternehmen handelt es sich um den Hersteller unbemannter Fahrzeuge Saronic Technologies, das Satellitentechnologieunternehmen Aerkomm und das Unterwassertechnikunternehmen Oceaneering International.

Im Juli hatte Peking bereits Exportkontrollen gegen acht Unternehmen verhängt, die mit dem taiwanesischen Militär in Verbindung stehen sollen.

[China sanctions 6 U.S. companies as trade frictions continue | AP News](#)

## 8. Termine

---

**6. Oktober: Ukraine-Austausch mit dem Leiter der Abteilung Außenwirtschaftspolitik, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin, 10:30 – 12:00 Uhr**

Der Ost-Ausschuss lädt seine Mitglieder zu einem Austausch mit Ralph Böhme, Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik“, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, ein. Der Schwerpunkt des Austausches liegt auf der Ukraine. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Herausforderungen und Fragen des Wiederaufbauprozesses.

Das Format organisieren wir in rein physischer Form am 06. Oktober 2025 von 10:30 Uhr bis 12:00 Uhr in Berlin.

Aufgrund der Platzkapazitäten ist die Teilnehmerzahl begrenzt - wir bitten darum, dass sich pro Unternehmen nur eine Person für die physische Teilnahme registriert. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs der Anmeldungen, wir bitten dafür um Verständnis.

Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitglieder des Ost-Ausschusses. Sollten Sie Interesse an der Teilnahme haben, wenden Sie sich gerne an Alena Akulich, Regionaldirektorin Osteuropa, A.Akulich@oa-ev.de

## 9. Tipps & Links

---

Es seien nicht logistische Hindernisse, sondern vielmehr mangelnder politischer Wille, die Abhängigkeit von russischen Geldern und Pro-Kreml-Sympathien, die hinter der **Weigerung Ungarns und der Slowakei** stünden, ihre **Öl- und Gasimporte aus Russland zu reduzieren**, schreibt Balkan Insights in einer Analyse. Doch für beide Länder laufe mit Blick auf wachsenden Druck aus den USA die Zeit nun ab: [Playing for Time: Pressure Mounts on Hungary, Slovakia to Cut Russian Energy Ties | Balkan Insight](#)

Die Tagesschau widmet sich in diesem kompakten Beitrag der **Lage der russischen Wirtschaft**. Aktuell sinken für diese die Wachstumsprognosen für 2025 in Richtung ein Prozent. Dass die Wirtschaft überhaupt noch laufe, sei vor allem der Rüstungsproduktion zu verdanken, heißt es in der Analyse. Sie erreiche inzwischen einen Umfang von acht Prozent des russischen Bruttoinlandsproduktes.

[FAQ: Wie es um die russische Wirtschaft steht | tagesschau.de](#)

Bei EU-Abstimmungen etwa zu neuen Sanktionen gegen Russland erschwert das **Einstimmigkeitsprinzip** eine schnelle Reaktion der EU. Dieser Beitrag der Deutschen Welle beschreibt laufende Bemühungen, die EU in dieser Frage zu reformieren.

<https://www.dw.com/de/schluss-mit-der-einstimmigkeit-die-eu-und-ungarns-blockaden/a-74100269>

Diese Analyse der „Welt“ zeigt, dass die völlige **Reduzierung der russischen Ölförderung** durch Sanktionen eine sehr komplexe Aufgabe ist. Der Markt würde große Probleme haben, die tägliche Ölförderung Russlands von zehn Millionen Barrel zu kompensieren, ohne dass massive Preissprünge die Folge wären, befürchten Experten. Zumindest sind aber angesichts gesunkener Ölpreise und westlichen Drucks aktuell die Margen großer russischer Ölkonzerne im Sinkflug.

[Die Furcht des Westens vor dem Totalembargo gegen Russlands Öl - WELT](#)

In dieser Analyse für den IPG Newsletter der Friedrich Ebert Stiftung beschreibt Moritz Gathmann die gegenwärtige Lage im Krieg Russlands gegen die Ukraine und macht Hoffnungen, dass ein **Kriegsende in den kommenden Monaten möglich** ist. Russland gerate ökonomisch, aber auch militärisch zunehmend unter Druck: Die Ukraine sei mit neuen Waffensystemen in der Lage, der russischen Wirtschaft und Militärproduktion erheblich zu schaden, gleichzeitig sinke die Aussichten Russlands auf weiter sprudelnde Rohstoffeinnahmen wegen westlicher Sanktionen. Realistisch sei ein Einfrieren des Konflikts entlang der gegenwärtigen Frontlinie, eventuell mit kleinerem Gebietsaustausch, wobei russische Eroberungen im Raum Charkiw, Mikolajiw und Sumy gegen ukrainisches Gebiet im Donbass getauscht werden könnte. [Krieg in der Ukraine: Mögliches Ende in Sicht? – Außen- und Sicherheitspolitik | IPG Journal](#)

### **Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:**

**BMWE-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:**

[BMWE - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMWE - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

**BAFA-Telefon-Hotline:** Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

**Fragen zu Ausfuhrvorhaben,** zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter numerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

**Rechtliche Grundsatzfragen**, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: [ru-embargo@bafa.bund.de](mailto:ru-embargo@bafa.bund.de).

### **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

-----

### **EU-Sanktionen**

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Dokumente zum 17. Sanktionspaket:

[Decision - CFSP - 2025/931 - EN - EUR-Lex](#)

[Decision - CFSP - 2025/936 - EN - EUR-Lex](#)

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Dokumente zum 18. EU-Sanktionspaket:

EU-Pressestatement zu den neuen Sanktionsmaßnahmen:

[Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine: EU verabschiedet 18. Paket mit wirtschaftlichen und individuellen Sanktionen - Consilium](#)

Q&A zum 18. Sanktionspaket:

[Questions and answers on the 18th package of sanctions against Russia](#)

Durchführungsbestimmungen:

[Verordnung \(EU\) 2025/1494 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

(mit Listen sanktionierter Unternehmen, Banken, Waren und Schiffen)

[Verordnung \(EU\) 2025/1472 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Änderung der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

(mit Güterliste/Anhang XVIII)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1476 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

(Liste der Sanktionen gegen Personen und Unternehmen)

[EU-FAQ: zu Sanktionen \(Stand: 30.6.25\):](#)

[Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it](#)

[EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:](#)

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:](#)

[List of common high priority items - European Commission](#)

[Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:](#)

[List of economically critical goods - European Commission](#)

### **„Whistleblower-Tool“ der EU**

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

-----

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten

enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

-----  
**Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

-----  
**GTAI-Sanktionsübersicht**

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:  
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

-----  
**Belarus**

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:  
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

**Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

-----  
Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

-----  
**Spendenauf Ruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,



können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

*Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).*

#### **Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



#### **Pressekontakt:**

Andreas Metz | Leiter Public Affairs  
A.Metz@oa-ev.de  
T. +49 (0)30 206167-120  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)

@OstAusschuss

